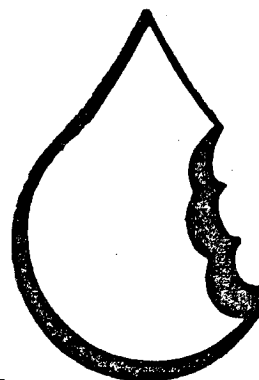


Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern - IKT -

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (0931) 46 1071

IKT-Info-Dienst



9/Nov. 87

T E R M I N E

Sa. 14. November IKT-Landesversammlung in Pottenstein / Ofr., Pottensteiner Hof
Beginn: 10.30 Uhr Ende: gegen 16 Uhr

Tagesordnung:

1. Bericht des Landesvorsitzenden
2. Kassenbericht
3. Aussprache
4. Neuwahl des Vorstands

5. Anträge und Diskussion

6. Referat (14 Uhr) "Maßnahmen der Stadtwerke Würzburg zur Sicherung der eigenen Trinkwasserversorgung", Ref.: Herr Williges

Um 16 Uhr findet in Pottenstein eine Kundgebung der örtlichen IKT-Initiative statt.

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten!

Pottenstein liegt an der B 470 Forchheim - Pegnitz und ist sowohl über die A 9 als auch über die A 73 oder die A 3 bequem zu erreichen. Im Ort ist der Weg zum Tagungsort ausgemerkelt.

Wir bitten alle Interessengemeinschaften dringend, Vertreter nach Pottenstein zu entsenden. Fördernde Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen!

Lieber Leser!

In wenigen Wochen wird die IKT zwei Jahre alt, für einen "normalen" Verband eigentlich noch kein Anlaß, Bilanz zu ziehen. Anders bei der IKT: Uns war es von Anfang an klar, daß wir gegen das zentralistische Konzept der gigantischen Fernwasserverbände nur dann eine Chance haben, wenn es uns gelingt, kurzfristig eine Trendwende zugunsten der kommunalen Eigenversorgung durchzusetzen. Wenn die IKT zwei Jahre später entstanden wäre, hätte man sie erst gar nicht zu gründen brauchen. Denn auf Grund der gesetzlichen Vorgaben entscheidet sich die Zukunft der meisten kommunalen Trinkwasserversorgungen und Einzelanlagen in diesen Tagen, allenfalls in den nächsten zwei Jahren. Wer erst später aufwacht, für den ist der Zug abgefahren.

Die IKT verstand sich von Anbeginn an als Notbündnis gegen eine staatliche Wasserwirtschaftspolitik, der jedes Augenmaß für das ökologisch Sinnvolle und jedes Gespür für das dem Bürger Zumutbare fehlt. In der IKT haben sich betroffene Bürger, bedrängte Gemeinden, besorgte Naturschützer und verantwortungsbewusst denkende Kommunalpolitiker zusam-

mengefunden, die einfach nicht mehr tatenlos zusehen konnten, wie eine Gemeinde nach der anderen an gigantische Fernwassernetze gezwungen oder geködert wurde, wie ein naturnahes Tal unserer Heimat nach dem anderen in einen verwundbaren Trinkwassergroßspeicher umfunktioniert werden sollte. Nachdem sich trotz schöner Worte vieler Politiker nichts geändert hat und Ministerien, Behörden und Planungsbüros immer noch nicht von ihren aberwitzigen Fernwasserplänen abrücken, entstand die IKT 1986 als Bündnis aller, die teilweise schon seit Jahren von ihren demokratischen Bürgerrechten Gebrauch machen, um eine bügernahe Wasserversorgung zu erhalten.

Mittlerweile vertritt die IKT Bayern genau 50 Interessengemeinschaften, Gemeinden und kommunale Fraktionen aus allen Teilen Bayerns, die - aus den verschiedensten politischen Lagern kommend - die Sorge um den Erhalt der eigenen Wasserversorgung eint. Unterstützt wird die IKT durch eine ständig wachsende Zahl von fördernden Mitgliedern. Der Zulauf zur IKT erklärt sich u.a. auch

damit, daß die Herabsetzung des Nitratgrenzwerts im letzten Jahr von den Verantwortlichen in Politik und Bürokratie nicht als Chance zur Sanierung der dezentralen Trinkwasserversorgungen, sondern als willkommener Anlaß zur Durchsetzung ihrer Fernwasserpläne betrachtet wird.

Viel Zeit bleibt uns nicht, unser Ziel zu erreichen. Wir können es uns nicht leisten, wie die verantwortlichen Politiker die Augen vor den drängenden Problemen der Zeit zu verschließen und uns vor der Kleinarbeit vor Ort zu drücken. Wir dürfen deshalb in unseren Bemühungen nicht locker lassen und müssen unseren Einsatz noch verstärken!

Wir haben keinen Grund zu resignieren; denn wir haben in der relativ kurzen Zeit unseres Bestehens schon einiges erreicht, einiges in Bewegung gebracht - sicher nicht allein, Verbündete brauchen wir allemal! Erwähnen will ich nur die Änderung der Zuschußrichtlinien, so daß auch Flächenankäufe zur natürlichen Sanierung von Wasserschutz-zonen gefördert werden, die Stellung einiger Petitionen, die zumindest vorläufige Verhinde-

rung einiger Unsinnprojekte wie des Hafentalspeichers, etliche Initiativen auf dem Gebiet der Nitratreduzierung.

Das wichtigste aber ist, daß in vielen Teilen Bayerns der Fernwasseranschluß abgewehrt wurde, daß sich in immer mehr Gemeinden der Widerstand rührt. Das ist in erster Linie ein Erfolg der zähen und selbstlosen Arbeit unserer örtlichen Initiativen, ohne die nichts laufen würde. Mut macht uns auch die Unterstützung durch den Bund Naturschutz, besonders durch dessen Landesgeschäftsführer Helmut Steiniger und durch Dr. Hubert Weiger. Besonders glücklich können wir darüber sein, daß wir in Sebastian Schönauer einen wortgewaltigen und äußerst aktiven Landesvorsitzenden haben, der in den letzten beiden Jahren unermüdlich die Sache der IKT in ganz Bayern vertreten hat.

Wir bitten Sie deshalb, an der Landesversammlung in Pottenstein zahlreich teilzunehmen und die Weichen für unsere weitere Arbeit zu stellen!

Peter Etthöfer
- Landesgeschäftsführer -

wasser + recht ...

Das Verwaltungsgericht Regensburg hat am 23.3.87 einem Kläger von der VBI Rottal/Inn recht gegeben, der sich geweigert hatte den Herstellungsbeitrag für die Wasserversorgungsanlage in Höhe von über 5.000 DM an den Zweckverband Rottal zu zahlen.

Zur Begründung führte das VG aus, daß der Anschluß an die Wasserleitung erst dann möglich ist, wenn die Wasserleitung unmittelbar an das Grundstück grenzt, so daß lediglich eine Hausanschlußleitung zu legen ist. Dies war bei dem Rechtsstreit nicht der Fall, so daß der angefochtene Beitragsbescheid als rechtswidrig aufgehoben wurde. (Az: RN 2 K 85 A.1562).

Der Zweckverband ging vor den Verwaltungsgerichtshof in München in Berufung. Da der Zweckverband seine Berufung zurücknahm, hat

der VGH am 28.7.87 das Berufungsverfahren eingestellt (Az: 23 B 87.01786).

Das Urteil kann gegen DM 1,30 in Briefmarken von der Geschäftsstelle angefordert werden.

In Wasser+Boden 9/87 wird in der Notiz "Grenzen des Anschluß- u. Benutzungszwanges in der Wasserversorgung" (S.475) über ein äußerst interessantes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts v. 11.4.86 - BVerwG 7C50.4 - berichtet. Danach muß es das Satzungsrecht aufgrund der §§ 3 und 35 der AVBWasserV ermöglichen, daß beispielsweise ein Landwirt das Wasser zum Tränken seiner Tiere (Brauchwasser) dem eigenen Brunnen entnehmen kann und nur das Trinkwasser dem Anschlußzwang unterliegt.

rund ums wasser ...

Landtag läßt sich Zeit

Die Petition des Bund Naturschutz vom Mai 86 zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung wurde vom Umweltausschuß des Landtags immer noch nicht behandelt. Dies ist, milde gesagt, ein Skandal. Man hat den Eindruck, als ob die Herren in den Ministerien und die meisten Politiker die Brisanz der Trinkwassersituation nicht im geringsten erkannt hätten.

Mischbrühe

Die Fernwasserversorgung Franken hat offensichtlich immer größere Probleme, ihren Abnehmern einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. In manchen Bereichen hat ihr Wasser bereits die 40-mg/l-Nitrat-Marke weit überschritten, die Werte bewegen sich bereits auf die 50-mg/l-Höchstgrenze zu. Dabei ist zu vermuten, daß von der FWF noch längst nicht die schlechtesten Werte be-

kanntgegeben werden. Die FWF will deshalb von der Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum nitratarmes Wasser beimischen. Ob diese Mischerei allerdings das Gelbe vom Ei ist, kann bezweifelt werden. Mancherorts beschwerten sich bereits Bürgermeister, daß die FWF-Wasserqualität ständig wechselt, so daß sich z.B. Hausfrauen beim Waschen gar nicht auf die entsprechende Wasserhärte einstellen können. Eine böse Überraschung erlebten jüngst die Bürger der Würzburger Randgemeinde Estenfeld, als bei ihnen im Zuge des Mischverbands zwischen FWF und Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) FWF-Wasser eingespeist wurde: Aus der Leitung kam braune Brühe! Zweckverband und Gesundheitsamt beeilten sich natürlich festzustellen, daß diese Brühe gesundheitlich unbedenklich sei. Durch die Wasserumstellung habe sich nur einiges aus den Leitungen gelöst.

Druck auf Hausbrunnenbesitzer

Die Initiative zur Erhaltung der Willmersbacher Brunnen berichtet, daß sich die Situation der Hausbrunnenbesitzer durch Verwaltungsmaßnahmen des Landratsamtes Neustadt/Aisch ständig verschlechtert. So wird für Anträge auf Ausnahmegenehmigung eine Bearbeitungsgebühr von 33,30 DM verlangt und für die Zeit nach 1989 mit einer Pestiziduntersuchung mit Kosten in Höhe von mindestens 300 DM gedroht.

Zuschüsse für Hausbrunnensanierung

In einigen Gebieten soll die Flurbereinigung (möglicherweise im Zuge der Dorferneuerung) bis zu 30 % der Kosten für die Hausbrunnensanierung übernehmen. Näheres dürfte über die Landwirtschaftsämter zu erfahren sein.

Wasserpfennig in Baden-Württemberg

Lothar Späths Wasserpfennig belastet die privaten Verbraucher mit einem Groschen, die Industrie mit 4 Pfg. und das Kühlwasser mit 1 Pfg. Dafür erhält ein Landwirt, der sich an die in nebenstehendem Katalog aufgeführten Bestimmungen hält, 310 DM/ha für alle Flächen, die in den Schutzzonen I bis III liegen. Bei Nachweis höherer Einbußen soll im Einzelfall auch mehr gezahlt werden. Die Einhaltung der Auflagen wird durch Bodenuntersuchungen überprüft. Wer im Herbst mehr als 45 kg Reinstickstoff pro Hektar im Boden hat, soll keine Ausgleichszahlungen erhalten.

Machtprobe in Bad Königshofen

Bereits seit Jahren wehren sich die in der Schutzgemeinschaft Althausen-Aub-Gabolshausen-Untereßfeld zusammengeschlossenen Bad Königshofener Ortsteile gegen den Anschluß ans Fernwasser. Dem engagierten Kampf dieser IKT-Gruppe war es zu verdanken, daß der Stadtrat sich am 2.4.87 mit knapper Mehrheit für die Erhaltung der Hausbrunnen aussprach. Daraufhin beanstandete das Landratsamt Rhön-Grabfeld diesen Beschluß rechtsauf-sichtlich und forderte den Stadtrat auf, bis spätestens 25.5.87 den Beschluß aufzuheben. Der Stadtrat rückte jedoch von diesem Beschluß nicht ab, sondern legte beim Verwaltungsgericht Widerspruch gegen den Bescheid des Landratsamts ein.

Muß Possenheim Fernwasser schlucken?

Gegen den Widerstand der Ortsbevölkerung will der Kitzinger Landrat den Iphofener Ortsteil Possenheim ans Fernwasser anschließen. Landrat Naser ist Vorstandsmitglied bei der FWF. Die Fernwassergegner am Ort überlegen jetzt, ob die Nitratwerte nicht technisch gesenkt werden können.

FWF-Wasser teurer

Im Versorgungsgebiet des Fernwassergiganten FWF hat die Wasserpreisverteuerung um 10 Pfennig in vielen Orten für heftige Diskussionen gesorgt. Begründet wurde die Erhöhung mit dem sinkenden Wasserverbrauch und nötigen Investitionen. Besonders die steigenden Nitratwerte machen eine ganze Reihe von Investitionen und Neuausweisungen von Schutzgebieten erforderlich. So wurden im Einzugsgebiet Sulzfeld 15 ha Ackerland aufgekauft und in Grünland umgewandelt. Die FWF hat außerdem angekündigt, daß demnächst mit einer Erhöhung der Schachtpauschale zu rechnen sei.

Schutzbestimmung	Schutzzonen		
	Fassungsbereich (Schutzzone I)	Engere Schutzzone (Schutzzone II)	Weitere Schutzzone (Schutzzone III)
1. Verbot des Umbruchs von Dauergrünland	in allen Schutzzonen		
2. Verbot des Aufbringens von Jauche, Gülle, Silagesickersaft, Abwasser, Klärschlamm, Fäkalien und ähnlichen Stoffen	ganzjährig		- bei Ackerland vom 1. Okt. bis 15. Feb. - bei Grünland vom 15. Okt. bis 15. Feb.
3. Verbot des Aufbringens von Festmist auf Ackerland	in allen Schutzzonen vom 15. November bis 15. Februar		
4. Verbot des Aufbringens von stickstoffhaltigem Handelsdünger	in allen Schutzzonen - bei Ackerland vom 1. Oktober bis 15. Februar - bei Grünland vom 15. Oktober bis 15. Februar		
5. Verbot der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln	allgemein	nach Maßgabe des Positivkatalogs	
6. Die Grundstücke sind nach vorgegebenen Bewirtschaftungsregeln zu bewirtschaften.	in allen Schutzzonen		

Probleme mit Wasserleitungen

Wenn der pH-Wert des Wassers unter 7,5 fällt, können bei verzinkten Rohren, aber auch bei Kupferrohren Probleme auftreten. Das kann von der Korrosion bis hin zur Auslösung von Zinkriesel und Schwermetallen reichen. Probleme kann man dadurch umgehen, daß man Rohre aus Edelstahl (die kalt verpreßt werden) oder aus hochvernetztem Polyäthylen verwendet. Man sollte darauf achten, daß die Rohre das DVGW-Zeichen tragen.

Grüne fordern Unterstützung für Würzburg

Die Fraktion der Grünen hat in einem Antrag, der von den Abgeordneten Christine Scheel und Dr. Magerl ausgearbeitet ist, die finanzielle Unterstützung der Stadt Würzburg bei ihren Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau ihrer eigenen Trinkwasserversorgung gefordert.

Staatsanwalt ermittelt

Weil eine Reihe von Rhabarberparzellen in der Margetshöchheimer Wasserschutzzone zur Unzeit kräftig gedüngt waren, ermittelt die Staatsanwaltschaft Würzburg wegen Grundwasserverschmutzung. Wie bereits in INFO 8 berichtet, hatten Bodenproben N-Werte von bis zu 624 kg/ha ergeben. Mittlerweile untersucht auch die Landesanstalt für Wein- und Gartenbau in Veitshöchheim systematisch die Nitratentwicklung in Margetshöchheim. Den Unwillen der örtlichen IKT-Gruppierung hatte Landwirtschaftsdirektor Müller-Haslach von der Lehranstalt hervorgerufen, weil er gleich zu Beginn des Nitrat-Erkundungsprogramms leichtfertig die Bedeutung der Sonderkulturen für die Nitratbelastung heruntergespielt und das Programm der Gemeinde Margetshöchheim zur Nitratsenkung (Ankauf, Anpachtung, Grünlandanlage) als wenig sinnvoll eingestuft hat. Wenn Behördenvertreter kein eigenes Konzept zur Nitratsenkung vorweisen können, aber ernsthafte Schritte von Gemeinden zur Erhaltung ihrer Wasserversorgung abqualifizieren, ist dies ein Tiefschlag gegen die kommunale Trinkwasserversorgung, der nicht hingenommen werden kann.

Verläßt Würzburg Fernwasserverband?

Die Stadtwerke Würzburg unternehmen z.Z. alles, um die eigene Wasserversorgung zu erhalten und zu sanieren. So hat man für rund 5 Mio. DM 66 ha landwirtschaftliche Flächen in der Wasserschutzzone der Zeller Quellen aufgekauft, um sie der Nutzung zu entziehen. Bei einem Ortstermin hat Prof. Wohlrab von der Uni Gießen empfohlen, nicht gleich Grünland anzulegen, sondern erst eine "Sanierungsvegetation" (z.B. Getreide) zu schaffen, die nicht gedüngt werde, aber dem Boden Nitrat entziehe. Von einer Aufforstung im

Sinne der Forstwirtschaft riet Prof. Wohlrab ab, da eine bewaldete Fläche die Grundwasserneubildung verringere.

In den letzten Monaten wurden auch Forderungen von Stadtwerkedirektor Utschig laut, diese Zeller Quellen besser zu sichern und eine den Fassungsbereich berührende Staatsstraße zu schließen. Ein weiteres Standbein der Würzburger Wasserversorgung, die Bahnhofsquellen, sind ebenfalls Ziel von Sanierungsmaßnahmen. Die im Bahnhofsbereich liegenden Quellen sind nicht durch ein Schutzgebiet zu sichern und seit einigen Monaten abgeschaltet, weil bei einem Zugunglück im Sommer 5000 l Methanol ins Erdreich geflossen waren. Die Stadtwerke planen deshalb, den Grundwasserstrom, der die Bahnhofsquellen speist, in einem durch eine Schutzzone sicherbaren Gebiet durch Tiefbohrungen zu erschließen. Für dieses Vorhaben wird m Investitionskosten in Höhe von 30 Mio. DM gerechnet.

Über diese beispielhaften Maßnahmen und Planungen der Stadt Würzburg im Trinkwasserbereich wird auf der IKT-Landesversammlung in Pottenstein ein Vertreter der Stadtwerke Würzburg informieren.

Leider haben die Stadtwerke für ihr Konzept der Vernunft von staatlicher und politischer Seite wenig Unterstützung gefunden und etliche Knüppel zwischen die Beine bekommen. So hat das Innenministerium auf eine Anfrage im Landtag hin wahrheitswidrig behauptet, 27,5% des Würzburger Wassers seien hygienisch nicht einwandfrei. Man bestritt auch, daß die eigene Wasserversorgung saniert werden könne.

Besonders vehement nahm der CSU-Landtagsabgeordnete Christian Will (Würzburg-Land) die Würzburger Wasserpläne ins Visier. Will, der in der Vergangenheit immer bedenkenlos den Fernwasseranschluß propagiert hatte, zweifelte die Behauptungen der Würzburger an, sie könnten sich selbst mit Trinkwasser versorgen und bräuchten kein Fernwasser, schon gar keines aus einem Hafenlohraltalspeicher. Im Landtag stellte er die Frage, ob ein Ballungsraum seine Wasserversorgung überhaupt sichern könne und welchen Preis man dafür zu zahlen bereit sei. Vorsichtshalber entwarf er für den Fall, daß man den Hafenlohraltalspeicher nicht baue, auch gleich ein Horrorgemälde: Man müsse mit Wassernotstand, Baustopp und einer unkontrollierten Ausweitung von Wasserschutzonen rechnen. Als Gemeinderat in der Würzburger Vorortgemeinde Estenfeld brachte er außerdem erst einmal die Würzburger Tiefbohrungen zu Fall, weil die auf einem gemeindeeigenen Grundstück erfolgen sollten.

Jetzt reichte es aber den Würzburgern, auch

der CSU-Stadtratsfraktion, die das Würzburger Wassersicherungskonzept aktiv mitträgt. CSU-Fraktionschef Kuttenkeuler warf die Frage auf, ob die Stadt nicht als Antwort den Fernwasserverband FWM verlassen solle. Schließlich ist Würzburg mit 1,5 Mio. DM jährlich größter Beitragszahler beim FWM, ohne jemals dieses Wasser benötigt zu haben. Im Gegenteil- in Trockenzeiten haben die Würzburger schon mehrmals dem FWM mit Wasser ausgeholfen. Ohne die Würzburger aber müßten die FWM-Wasserbezieher mit einer kräftigen Wasserpreiserhöhung rechnen. Für die Estenfelder würde sich dann die Blockierung der Würzburger Wasserbohrung als Bumerang erweisen.

Offensichtlich hatte MdL Will mit seiner Obstruktionspolitik aber den Bogen überspannt. Bei einer gemeinsamen Sitzung der CSU-Fraktionen von Stadtrat und Kreistag kam ein **nicht vernünftiges Konzept** zur Wassersicherung im Raum Würzburg heraus; Neben den Fernwasserverbänden sollte ein interkommunales Verbundsystem geschaffen werden, in welchem aufgelassene Brunnen saniert und reaktiviert werden sollten. Dafür wolle man in München Zuschüsse besorgen. Den Würzburgern sollten außerdem die Tiefbohrungen ermöglicht werden, und der Hafentalspeicher sei nur als letzte Möglichkeit einer Zusatzwasserversorgung anzusehen. Genau dieses Konzept hatten übrigens bereits vor Jahren Prof. Rutte und IKT-Vors. Schönauer vertreten und wurden deswegen von Innenministerium und Wasserwirtschaft ausgelacht.

Wer jetzt allerdings gemeint hat, dieses vernünftige Konzept werde auch zielstrebig verwirklicht, der kennt den Abgeordneten Will nicht. Keine 14 Tage später konnte man schon wieder gemeinsame Erklärungen von MdL Will und Landrat Schreier (FWM-Vorsitzender) in der Presse lesen, daß die Würzburger über kurz oder lang doch Fernwasser trinken würden. Und am 4.11. konnte man in der Main-Post lesen: "Will und Schreier wollen städtische Alleingänge stoppen". Dem Text konnte man entnehmen, daß es unwirtschaftlich sei, wenn die Stadt selbst nach Wasser suche. Das solle man doch lieber den Zweckverbänden überlassen. Und Will wollte darauf "Brief und Siegel" geben, daß es dann auch Zuschüsse vom Staat gäbe.

Im Klartext heißt das doch nichts anderes: Die kommunale Trinkwasserversorgung soll keine Chance haben. Und wenn es wo Wasser gibt, soll man den Zweckverband dran lassen; denn der bekommt die Zuschüsse. Wenn das die Realität ist, dann haben wir in Bayern bald wirklich den Zweckverbandsstaat, in dem Bürgernähe und dezentrale Versorgung keinen Pfifferling wert sind. Es ist an der Zeit,

daß Querulanten vom Schlage eines Christian Will endlich einmal das Handwerk gelegt wird!

Fränkischer Wasserbund

In der Fränkischen Schweiz haben sich eine ganze Reihe von IKT-Gruppen zum Fränkischen Wasserbund zusammengeschlossen, um sich gegen den Expansionsdrang des Zweckverbands Juragruppe zur Wehr zu setzen. In einer mehrere hundert Seiten starken Petition haben die Schutzgemeinschaften Creußen, Pottenstein, Schwürz, Tiefenthal, Trockau und die Freie Wählergemeinschaft Gößwein sich an den Landtag gewandt. In der lückenlosen Darstellung der jeweiligen örtlichen Wassersituation, die durch Gutachten, Analysen und Kostenberechnungen untermauert wird, werden die Scheinargumente der Fernwasserstrategen zerpfückt und die Vorteile der Eigenwasserversorgung aufgelistet.

Die Begründung der Regierung von Ofr. im Raumordnungsverfahren für den Bauabschnitt II der Juragruppe zeigt, daß die dortigen Bürokraten nichts dazugelernt haben. Da wird vom steigenden Wasserverbrauch geredet, von Mengen- und Qualitätsproblemen und von der Unwirtschaftlichkeit der kommunalen Eigenversorgung, ohne daß dafür Belege beigebracht werden.

Bei der Kundgebung im Anschluß an die Landesversammlung in Pottenstein am 14.11. um 16 Uhr werden die Argumente des Fränkischen Wasserbundes vorgetragen.

Bischberg aus Zweckverband entlassen!

Der BI Bischberg ist es mit der Mehrheit des Gemeinderats gegen die CSU-Fraktion gelungen, daß Bischberg trotz stärkstem Widerstand des Bamberger Landrats Neukum aus dem ZV Auracher Gruppe entlassen wurde. Das Landesamt für Wasserwirtschaft versucht nun zusammen mit dem Landratsamt die bisherige Eigenversorgung sowie das neugefundene einwandfreie Wasser (Nitratwerte 14-18 mg/l) über Schutzgebietsfragen und Grundwasserentnahmemengen zu torpedieren. Ziel ist es, Bischberg einen Liefervertrag mit der FWO aufzudrängen.

Die BI Bischberg hat in einem Schreiben an das Landesamt für Wasserwirtschaft eine ganze Reihe von Ungereimtheiten und Fehlern im Gutachten des Landesamts zur Grundwasserbilanz im Raum Bischberg bemängelt. So wurden Brunnen in dem Gutachten einfach vergessen, Holzstöße und Geräteschuppen als Schutzgebietsverletzungen aufgeführt, obwohl sie seit Jahrzehnten bestehen und nachweislich bis heute auf die Wasserqualität keinerlei Einfluß gehabt haben. Die BI bemängelt weiter, daß sich das Gutachten weitgehend auf

Vermutungen und Annahmen stütze und daß man Ergebnisse aus nicht vergleichbaren Gebieten auf Bischberg übertragen habe.

Widerstand in NRW gegen Gelsenberg-Konzern

Im Raum Höxter hat sich ein starker Widerstand gegen die Pläne des Gelsenberg-Konzerns formiert, in Ost-Westfalen großflächig Wasser abzupumpen. In NRW gibt es eine Besonderheit: Dort versorgt ein Konzern, in dessen Aufsichtsrat etliche Politiker verquickt sind, weite Teile Nordrhein-Westfalens mit Trinkwasser. Allzusehr dürfte sich dieser Konzern von unseren Zweckverbänden, in denen meist die Landräte sitzen, wohl kaum unterscheiden. Näheres erfahren Sie in INFO 10.

Weisung von der Obersten Baubehörde?

Ein Bürgermeister aus dem Raum Schweinfurt hat angedeutet, daß die Oberste Baubehörde auf die Wasserwirtschaftsämter Einfluß nehmen, damit die die Gemeinden zum Anschluß an die großen Zweckverbände bewegen. Das Ergebnis dieser Politik bekommt man vor Ort tagtäglich zu spüren.

Wasserschutzzonen-Verordnung mit Biß

Das neue Verordnungsmuster für Wasserschutzzonen aus dem Jahre 1985 ist nur ein Muster, das jederzeit der örtlichen Situation angepaßt werden kann. So hat die Stadt Aschaffenburg in ihrer Verordnung vom 12.2.86 eine Reihe von Bestimmungen verschärft. In den Zonen II und III ist z.B. die mineralische und organische Überdüngung untersagt, in der Zone II ist grundsätzlich die Gülle- und Festmistausbringung nicht erlaubt, Klärschlamm darf in allen 3 Zonen nicht aufgebracht werden. Wer sich für die VO interessiert, kann sie bei der Geschäftsstelle gegen Rückporto erhalten.

Literatur

Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft: Die Grundwasserneubildung in Bayern - berechnet aus den Niedrigwasserabflüssen der oberirdischen Gewässer, Informationsberichte des Landesamts Nr.3/87, 80 S. mit einer Karte aller gewässerkundlichen Meßstellen, DM 16, Bezug: Bay. Landesamt, Lazarettstr. 67, 8000 München 19

HWW schreiben Wassersparen groß

Während sich immer noch in der Zeitung für die kommunale Wirtschaft (ZfK) Meldungen über Mehrwasserverbrauch wie die Botschaft vom Aufschwung lesen ("Schweinfurt: Strom und Wasser vermehrt"), berichtet die ZfK in Nr. 10/87, daß die Hamburger Wasserwerke jetzt systematisch das Wassersparen propa-

gieren. So sind für Neubauten und grundsanierte Mietwohnungen bereits seit Januar 87 Wohnungswasserzähler vorgeschrieben, bei älteren Mietwohnungen will man nachziehen.

Nitrit aus dem Boiler

Bei Untersuchungen in mehreren Würzburger Haushalten zeigte sich, daß sich bei längerer Standzeit des Wassers im Boiler teilweise erhebliche Mengen des giftigen Nitrits (Grenzwert 0,1 mg/l) bilden können, auch wenn der Nitratwert des Wassers weit unter der 50 mg/l-Grenze liegt. Die Bakterien, die Nitrat in Nitrit umwandeln, finden im warmen Boilerwasser bei Temperaturen unter 50°C ideale Bedingungen. Man sollte deshalb kein abgestandenes Boilerwasser für Lebensmittelzwecke verwenden.

Neue Technik gegen Nitrat

Keine Gemeinde sollte sich heute wegen Nitratproblemen Hals über Kopf ans Fernwasser anschließen, da Monat für Monat technische Neuerungen oder Verbesserungen bei Geräten zur Nitratreduzierung entwickelt werden. Die Fa. Eppler hat uns mitgeteilt, daß sie einen Hochleistungs-Bioreaktor entwickelt hat und außerdem an einem Gerät zur Nitratreduzierung auf Ionenaustauschbasis arbeitet. Wir hoffen, Näheres in der nächsten Ausgabe veröffentlichen zu können.

IKT-Beiträge für 1987

Bitte überprüfen Sie, ob Sie schon Ihren Beitrag für 1987 überwiesen oder einen Abbuchungsauftrag gegeben haben (Vollmitgl. 50 /fördernde Mitgl. 30 DM). Einigen Mitgliedern, bei denen nach dem Stand vom Oktober nach unseren Unterlagen noch der Beitrag aussteht, haben wir ein Überweisungsformular beigelegt. Unser Konto: Sparkasse Burghaslach, BLZ 76251020, Kto-Nr. 810081323

Zitate

Ministerialdir. Kesting vom schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerium sagte auf der 18. Westerländer Tagung des DVGW, angesichts der eingetretenen Belastungen könne es nicht mehr darum gehen, ob den Umweltbedingungen angepaßte Bewirtschaftungsformen den Landwirten zuzumuten seien, sondern nur noch darum, wie sie sich für die Landwirtschaft sozialverträglich gestalten ließen.

Prof. Priebe, Uni Frankfurt, meinte auf dem Berliner EG-Kongreß "Einflüsse der Landwirtschaft auf die Wasserressourcen", anstelle der bisherigen Wachstumsförderung heiße die Aufgabe aus ökologischer Sicht: Flächendeckende Extensivierung und Förderung naturgerechter Produktionsformen.